Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2.00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2.00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Stenfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich)
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr. 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14. Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hügen Berlin SW 48, Hedemannstraße 25. Fernsprecher Dasenheide 883

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Morgen-Ausgabe

76. Jahrgang

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.

Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bez. Münster sowie für alle amtl. Finanz-, Sammel-, Markenartikel u. Veranstg.-Anzeig. 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus d. Reg.-Bez. Münster u. der Grafsch. Bentheim 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anz. des priv. Verk. aus Münster bei Barzahl. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen u. in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheckkonto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt — Mittwoch, den 28. Dezember 1927 — Nummer 1341

Eine englische Warnung an Amerika.

Vom Atlantischen Ozean her fiel ein Schatten, groß und schwarz über England hin. Coolidges Marineminister Wilbur legte dem Kongreß ein Flottenprogramm vor, das den Präsidenten ermächtigt 25 Zehntausend-Tonnen-Kreuzer, 9 Zerstörer, 32 Unterseeboote und 5 Flugzeugmutterschiffe in Auftrag zu geben. Es ist das Geheimnis der Amerikaner, auf der einen Seite eine Steuerverminderung von rund 230 Millionen Dollar durchzuführen und auf der anderen rund eine Milliarde Dollar für neue Kriegsschiffe bereitzustellen. Es ist zwar nicht gesagt, daß diese 71 Schiffe in 5 Jahren, wie die Marinegruppe es wünscht, gebaut werden. Im Gegenteil, Coolidge soll ermächtigt werden, das Programm teilweise oder ganz zu sistieren, wenn auf einer neuen Flottenkonferenz eine Verständigung mit den anderen Mächten zustande kommt. Aber Coolidge hat selbst in seiner Botschaft an den Kongreß erklärt, daß das Land eine sehr wesentliche Seemacht fordere. Von Bluff kann also keine Rede sein, ja, wenn man die Umstände erwägt, unter denen die Vorlage zustande kam, dann ist sie auch mehr als ein Druckmittel oder eine Verhandlungswaffe für eine neue Flottenkonferenz. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Coolidge durch das Scheitern der Genfer Dreimächtekonferenz nicht nur Enttäuschung, sondern Verdruß empfindet. Er hat öffentlich erklärt, man habe zwar bei Japan kräftige Mitarbeit gefunden, aber es sei nicht gelungen, mit England zu einem Einvernehmen zu kommen. Coolidge scheidet bald aus seinem Amt. Die Maßnahme kann also auch keine Wahlgeste sein, sondern muß als das genommen werden, was sie ist, ein aus sorgfält gen Erwägungen hervorgegangener Entschluß, geboren aus den Überzeugungen von den nationalen Notwendigkeiten.

In England hat man anfangs zu diesem Schlag geschwiegen. Er wurde aber tief empfunden. Hatte doch keine vier Wochen zuvor England eine friedliche Geste gemacht und erklärt, es werde von den in diesem Baujahr geplanten drei Kreuzern nur einen auf Kiel legen. Die englische Regierung hat nun ihre Auffassung bekannt gegeben und zwar in einem mit allen Merkmalen offiziöser Herkunft versehenen Leitartikel der Times. Die ernste, wohlüberlegte, eindrückliche Sprache, läßt keinen Zweifel darüber zu, wie man in England jenen Schatten deutet. Zunächst wird mit aller Deutlichkeit festgestellt, daß England es nicht mit einem amerikanischen Bluff, sondern mit der festen Entschlossenheit zu tun hat, Amerika eine „Big Navy", eine wahrheit große Flotte zu schaffen. Vor aller Welt habe sich die amerikanische Regierung zu dieser Absicht bekannt und Kräfte seien dabei, Amerika eine Seemacht zu sichern, die größer als jede andere, ja größer als alle andern zusammen seien. Das neue Programm bedeute neue Schiffswerften, Vergrößerung der Marinestationen von Rhode Island und Florida im Atlantik, von San Franzisko und Puget Sound am Pacifik, Pearl Harbour in Hawai und Cavite auf den Philippinen. Der Mangel an Menschenmaterial für diese Schiffe bedeute weniger, weil jetzt mehr Techniker als seefahrene Mannschaften in Betracht kämen. Die Bedeutung der Vorlage für die amerikanische Außenpolitik, wie für die Lage der ganzen übrigen Welt sei klar, denn „Eine Flotte ist alles andere als ein Spielzeug, sie ist ein Instrument der Politik". Die Welt, (d. h. England) könne in der gegenwärtigen Situation keine Gefahr für eine Großmacht sehen, die durch einen Ozean von allen angreifenden Mächten getrennt und geschützt sei. Anders England, dessen Außenhandel zu hundert Prozent über das Meer gehe, dessen Gebiete über die ganze Welt zerstreut, dessen Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarf von Übersee kommen müsse; dieses England habe seine Seestreitkräfte freiwillig auf ein Minimum herabgesetzt, von dem es nicht abgehen könne. Der Artikel schließt mit der ernsten Warnung an Amerika: Tatsache ist, daß sim Coolidge und seine Regierung endgültig zu einem Programm maritimer Expansion bekannt haben, mit all seinen unberechenbaren Konsequenzen für die Vereinigten Staaten und die übrige Welt, so daß Amerika nicht nur sagen kann, es nehme zu dieser anderen Welt die Haltung eines unbeteiligten Beobachters ein. Dieses Programm wird Amerika weit tiefer verwickeln als irgend welche Allianzen. Sollte das Programm ein Druckmittel für das Zustandebringen einer neuen Abrüstungskonferenz sein, so muß gesagt werden, daß England durch solche Mittel nicht dazu gebracht werden kann, die Verhandlungshand anzunehmen. Alles was im Augenblick notwendig ist für England ist ruhig und sorgfältig die diplomatischen und politischen Konsequenzen dieses maritimen Expansionsprogramms zu studieren."

Wir haben seit Jahren eine so ernste Sprache aus englischem Munde nicht vernommen und es ist deshalb hier der Ort, die Gesamtbeziehungen zwischen den beiden Alliierten von 1916—18 zu prüfen. Die Freundschaft schien unerschütterlich. Sie war und ist für England noch heute eine unumstößliche Notwendigkeit. Man war in London bereit, den neuen Teilhaber an der Beherrschung der Meere äußerlich gleichberechtigt anzuerkennen. Aber dieser Riese wuchs und wächst in einem unerhörten Tempo zu unerhörten Dimensionen heran. Washington war der erste Schlag, Genf sollte der zweite werden. Die stärkste englische Tradition, verkörpert in der Admiralität und den ständigen Untersekretären des Foreign Office, lehnte ab. Aber Amerika ist in der glücklichen Lage des Mannes, der sich alles leisten kann. Schlägt es Abrüstungskonferenzen vor, dann nur, weil es die maritime Gleichberechtigung billiger haben will, als durch Neubauten. Niemand wird behaupten wollen, daß Amerika von einer Flotte ebenso abhängig ist, wie England. Es kennt beinahe keine Rohstoffnot, erzeugt seine Nahrungsmittel selbst oder kann sie auf dem Landweg im Notfall herbeischaffen. Aber die Nation ist jung, tatendurstig, erfolgreich und ihre Wirtschaft folgt dem Lawinengesetz, d. h., die muß sich ausdehnen und wird auf diesem Wege mit der englischen zusammenstoßen. Vielleicht liegt auf der wirtschaftlichen Seite eine noch größere Gefahr für England als auf der wehrpolitischen.

Newyork ist heute der Geldmarkt der ganzen Welt. London mußte diesem Riesen das Feld überlassen. Das nach Amerika geflossene Gold reicht nicht nur so weit aus, um die großen inneramerikanischen Ansprüche an den Geldmarkt zu befriedigen, sondern erlaubt, jährlich mindestens eine Milliarde Dollar dem Ausland zu leihen. Die amerikanische Industrie ist längst aus einer Binnenindustrie zu einer Exportindustrie geworden. Sie hat sich während des Krieges in den englischen Märkten eingenistet und ist nicht wieder daraus zu vertreiben. In Lateinamerika, in China, in Australien und Kanada rücken amerikanisches Geld und amerikanische Waren unaufhaltsam vor. Aus einem hauptsächlich Rohstoff- und Nahrungsmittel exportierenden Lande ist ein Halb- und Fertigfabrikate ausführendes geworden. Die Fertigfabrikate machten im Jahre 1910—14 im Durchschnitt 30,7 Proz. der Ausfuhr aus, 1926 schon 41,6 Prozent. Die alten ehrwürdigen Industrien Englands: Baumwolle, Wolle, Eisen, Stahl und Kohle, schleppen sich mühsam durch die Nachkriegsjahre. Kanada ist wirtschaftlich eine amerikanische Provinz und politisch nicht aus dem amerikanischen System herauszudenken. Australien legt größten Wert auf gute Beziehungen zu dem mächtigen und als Helfer in der farbigen Überschwemmung unentbehrlichen Nachbarn. Aber das amerikanische Kapital taucht neuerdings auch in den Domänen britischen Einflusses auf. Wie ein Blitz schlug in London die Nachricht ein, daß eine amerikanische Firma von Abessinien die Konzession zum Bau eines Staudammes am Tsana-See erhalten habe. Eine amerikanische Kommission ist nach Abessinien unterwegs zum Studium der Möglichkeiten für amerikanisches Kapital und Industrie. In Persien, Ägypten ist es nicht anders. Der chronische Krieg zwischen Standard Oil und Royal Shell ist zu bekannt, um hier wiederholt werden zu müssen. Auf dem Gebiet der Rohstofferzeugung ringen beide Mächte um Bresche der Rohstoffmonopole, England sucht Unabhängigkeit von der amerikanischen Baumwolle, Amerika vom englischen Gummimonopol. Bei der wirtschaftlichen Struktur Englands muß jeder Zoll Boden, den es an Amerika verliert, die Nervosität steigern. Die Geschichte der englisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Kriege ist die Geschichte des größten politischen Fehlers, den England je begangen hat, indem es sich gegen Deutschland wandte und den Krieg bis zum knock out fortsetzte.

Mit beinahe unzerreißbaren schmerzenden Ketten an den ungeschlachten Riesen jenseits des Ozeans gefesselt, steht England heute vor der Frage mit oder gegen Amerika. Wir glauben nicht an plötzliche Entschlüsse. Aber wir möchten die Worte der „Times" auch auf Deutschland anwenden: Es ist unsere Pflicht, die Konsequenzen des englisch-amerikanischen Verhältnisses sorgfältig zu studieren. Mögen sich die beiden Mächte trennen oder finden, unser Schicksal wird dabei mitbestimmt. mgk.

Spanischer Verzicht auf Tanger?

Die Abänderung des Tangerstatuts.

⊖ **Paris, 27. Dez. (Tel.) In den Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien über eine Abänderung des Tangerstatuts, die in den letzten Monaten auf diplomatischem Wege geführt wurden, ist eine prinzipielle Einigung erzielt worden. Wie verlautet, hat Spanien auf seine Forderung nach Einverleibung Tangers in die spanische Zone verzichtet und sich mit der Leitung der Polizei und der Beteiligung an der Hafendirektion von Tanger begnügt. Das Abkommen zwischen Frankreich und Spanien über Tanger soll demnächst in seinen Einzelheiten festgelegt und im Laufe des Januar unterzeichnet werden. Die erzielte Einigung wird England und Italien mitgeteilt werden, wobei Italien aufgefordert werden soll, sich an der Verwaltung der Stadt und der Zone von Tanger zu beteiligen.**

Um die Verständigung Italien–Frankreich

⊖ **Paris** 27. Dez. **(Tel.)** Dem Mailänder Korrespondenten der „Information" zufolge bezweifelt man in politischen Kreisen Roms, daß Frankreich für eine Verständigung mit Italien über die zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen zu haben wäre. In der italienischen Öffentlichkeit, die in den letzten Tagen durch die Lirastabilisierungs-Aktion der Regierung völlig in Anspruch genommen war, beschäftigt man sich erneut mit den Vorbedingungen für eine französisch-italienische Aussprache. Allerdings veranlassen die französischen Presseäußerungen die italienische Öffentlichkeit zu größter Zurückhaltung. Selbst die Zeitungen der römischen Rechten, die gerne freundschaftliche Beziehungen zwischen Frankreich und Italien sehen möchten, sagen, daß die kartellistische und freimaurerische Presse in Frankreich ihren Feldzug gegen das faszistische Regime keineswegs aufgegeben habe.

Sowjetrußland und Südchina.

⊖ **Kowno**, 27. Dez. **(Tel.)** Wie aus Moskau amtlich gemeldet wird, befindet sich der in Kanton verhaftete russische Generalkonsul immer noch im Gefängnis. Die Sowjetregierung hat heute aus Tokio amtliche japanische Nachrichten erhalten, wonach außer dem in Kanton ermordeten Vizekonsul noch der Leiter der Paßabteilung des russischen Konsulats in Kanton ermordet worden ist. Die Sowjetregierung hat die russische Botschaft in Tokio beauftragt, die Namen der übrigen ermordeten sechs Russen festzustellen. In Moskau wird behauptet, daß auch diese letzteren dem Konsularkorps in Kanton angehören.

Heute wird unter dem Vorsitz Rykows der Rat der Volkskommissare über weitere Maßnahmen gegen die südchinesische Regierung beraten. Tschitscherin wird den Rat über die letzten politischen Ereignisse in China unterrichten.

Frankreichs Protest gegen sowjetrussische Konzessionen.

⊖ **Paris**, 27. Dez. **(Tel.)** Im Zusammenhang mit der von Sowjetrußland an das amerikanischen Haus Farquardt und die deutsche Firma Otto Wolf vergebenen Konzessionen im Donezbassin, hat die französische Regierung an die Vereinigten Staaten und an die Sowjetregierung ein Protestschreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß Frankreich sich die Wahrung der Rechte der früheren französischen Eigentümer der Fabriken und Bergwerke vorbehalte. Alle Transaktionen, die diesen Rechten widersprächen, wären null und nichtig, sobald sie die französischen Besitzer schädigen oder ohne ihre Zustimmung abgeschlossen würden.

Die Belastung der deutschen Landwirtschaft

b **Berlin**, 27. Dez. **(Tel.)** Der „Vorwärts" hat in einem Artikel „Schieles Bluff im Rundfunk", die kürzlich im Rundfunk verbreitete Rede des Reichsernährungsministers Schiele kritisiert. Der Artikel geht, wie vom Reichsernährungsministerium erklärt wird, von falschen Voraussetzungen aus. Der Minister habe nicht behauptet, daß die Einnahmen in der Landwirtschaft nicht einmal den Lebensunterhalt ermöglichten, sondern er habe kollektiv gesagt, daß Lebensunterhalt, Betriebskosten, soziale Lasten, Zinsendienst und Steuern, zusammen durch die Einnahmen nicht gedeckt würden. Es handele sich in der Rede des Ministers auch nicht um reine Einnahmen, sondern um Roheinnahmen, und zwar stützten sich die Ausführungen Schieles auf Untersuchungen der Enquete. In diesem Zusammenhang werden bisher noch unbekannte Zahlen veröffentlicht. Die Höhe und Verteilung des Roheinkommens je Hektar beträgt in den Jahren 1924 bis 1926 für ganz Deutschland gerechnet: die Einnahmen 85 Mark, Lebenshaltung und Lohnanteil 50 Mark, abzugsfähige Steuern 27 Mark, persönliche Steuern 11 Mark, zur Deckung der Zinsen verbleibt demnach ein Minus von 3 Mark. Im östlichen Deutschland liegen die Verhältnisse noch schwieriger. Dort betragen die Roheinnahmen je Hektar 56 Mark, die Lebenshaltungskosten einschließlich Lohnanteil 41 Mark, abzugsfähige Steuern 20 Mk., persönliche Steuern 8 Mark. Es bleibt ein Defizit von 13 Mark.

Berliner Blätter zu Sasonows Tod.

Berlin, 27. Dez. Die Berliner Blätter beschäftigen sich ausführlich mit der Rolle, die der vorgestern in Nizza verstorbene Sasonow als russischer Außenminister gespielt hat. Der „Lokal-Anzeiger" faßt sein Urteil in die Worte zusammen: Nächst Iswolski, der in zweijähriger Arbeit von Paris aus Sasonow, der ursprünglich ein Kriegsgegner war, zu seiner Ansicht bekehrte, und Poincaré, ist Sasonow wohl derjenige Staatsmann gewesen, offen Politik am meisten zum Ausbruch des Weltkrieges beigetragen hat. — Die „Vossische Zeitung" schreibt: Daß Sasonow kein Mann von der skrupellosen Art seines Vorgängers Iswolski war, ist zweifellos. Er sah wohl das Unheil kommen, wünschte es zu vermeiden, fand aber weder den Weg noch die Kraft dazu, irgendeinen entscheidenden Schritt zu tun. Er ließ sich ebenso treiben, wie alle die Staatsmänner, die damals am Ruder waren. Von ihnen allen gilt das Wort des Fürsten Lichnowsky: Ein für einen bestimmten Zweck gewollter und geführter Krieg braucht kein Verbrechen zu sein. Ihn aber zu verurfachen, ohne ihn gewollt zu haben, ist das Schlimmste, was man einem Staatsmann vorwerfen kann. Der Weltkrieg aus Versehen! — Das „Berliner Tageblatt" weist darauf hin, daß während des Krieges Sasonow ein entschiedener Gegner jeder Verständigung mit Deutschland war. — Im „Vorwärts" heißt es: Er war kein ausgesprochener Kriegshetzer wie Iswolski — aber der Situation von 1914 stand er hilflos gegenüber. Die zum Kriege treibende Militärpartei war stärker als er.

Französische Stimmen zu Sasonows Tod.

Paris, 26. Dez. Sasonow lebte seit 1919 enttäuscht und verbittert in Frankreich. Jedes Interview lehnte er ab; in der „Revue des deux Mondes" hat er über die Ereignisse des Sommers von 1914 gesprochen. Er versucht dort, ähnlich wie in seinen Memoiren, sich von den Vorwürfen zu reinigen, die gegen ihn erhoben worden sind. Ein Diplomat, der ihn gekannt hat, sagte von ihm: „Sein größter Fehler war, daß er schwächer gewesen ist, als Iswolski." Der Tod Sasonows gibt den französischen Zeitungen Veranlassung, von neuem auf die Tätigkeit dieses Diplomaten vor dem Beginn des Weltkrieges hinzuweisen. Das „Echo de Paris" behauptet, daß Sasonow sein Land immer durch eine „würdige, maßvolle, vorausschauende Politik" zu fördern versucht habe, eine Politik, deren Grundlage die Verständigung zwischen Frankreich, England und Rußland war. „Petit Parisien" weist auf die Artikel in der „Revue des deux Mondes" hin, in denen Sasonow die deutsche Vorbereitung auf den Konflikt nachweisen will. Am ausführlichsten und für seinen einseitig französischen Standpunkt verhältnismäßig objektiv schildert St. Brice im „Journal" die Arbeit Sasonows. Saint Brice sagt, daß erst die Geschichte Aufschluß darüber geben werde, welchen wirklichen Einfluß Sasonow auf die Entwicklung der Tragödie gehabt hat, und ob er nicht hauptsächlich durch die Politik seines Vorgängers Iswolski auf die abschüssige Bahn gedrängt worden sei. In jedem Fall habe Sasonow wenigstens seinen Namen dazu hergegeben, die Koalition auf dem Balkan vorzubereiten. Oesterreich habe sofort reagiert, weil es auf die Zweideutigkeit des Zaren Ferdinand rechnete. So sei es zu den beiden Balkankriegen gekommen, so sei die Enttäuschung Oesterreichs und die Unruhe Deutschlands zu erklären, und endlich habe die brutale Reaktion gegen den russischen Einfluß die europäische Katastrophe entfesselt. Niemand habe diese furchtbare Entwicklung mehr überrascht und betrübt als Sasonow, denn Sasonow gehörte zu den Männern, welche aus dem Zarenreich „ein Element der Zivilisation zu machen wünschten, und die es mit Schmerz beobachteten, wie Rußland in den Zustand der Barbarei zurücksank" Frankreich könne diesen Mann nicht ohne ein Wort der Trauer und Sympathie scheiden lassen. Sasonow habe den eigenen Untergang dem Verrat an der Freundschaft mit Frankreich vorgezogen.

Kaiser Karls Verhältnis zu Deutschland.

Wien, 26. Dez. Zwei bisher unbekannte Briefe des Kaisers Carl veröffentlicht das „Neue Wiener Journal": Am 14. März 1917 richtete Carl, als die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland im Zuge waren, einen Brief an den Grafen Czerny, in dem es heißt: „Ich habe heute das Ministerratsprotokoll für gemeinsame Angelegenheiten in betreff der Handelsbeziehungen zu Deutschland bekommen. Ich bin damit gar nicht einverstanden. So wie ich jede Militärkonvention mit Deutschland aufs entschiedenste zurückgewiesen habe, so muß ich auch jeden Handelsvertrag, der uns in intimere Beziehungen zu Deutschland als zu jedem anderen Staat bringt, perhorreszieren. Der Zweck dieses Handelsvertrages für Deutschland ist ganz klar. Es ist dies ein Baustein am großen Werk der Hohenzollern, Oesterreich in ihre vollständige Abhängigkeit à la Bayern zu bringen."

Der Kaiser verweist weiter in dem Brief darauf, daß schon im vorangegangenen Jahre der Versuch gemacht wurde, durch gegenseitigen Austausch der Offiziere eine engere Verbindung herzustellen, und nennt dies eine „traurige Periode". Als Erzherzog und Kommandant an der russisch-rumänischen Front, hatte er am 6. September 1916 an das Armeekommando ein Telegramm gesandt, indem er nicht ganz zu unrecht darauf verweist, daß die Einteilung deutscher Offiziere als Bataillons- und Kompagniekommandanten bei ungarischen oder gar slawischen Regimentern unmöglich sei, weil solche Kommandanten im entscheidenden Augenblick nicht mit der Mannschaft reden könnten. „Bei tschechischen Regimentern würden die Deutschen nur noch mehr Anlaß zu einer Massendesertion geben."

Weiter erscheint es dem Kaiser verdächtig, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg bei Seeckt angefragt hatte, wann dieser Offiziersaustausch durchgeführt wurde, und daß er auf die baldige Verwirklichung der Maßnahme großes Gewicht legt.

In seinem zweiten Briefe sagt er dann, daß dieser Austausch natürlich im Ausland die Idee erwecke, „daß Oesterreich gänzlich unter Preußens Einfluß stünde, was natürlich nicht zur Beschleunigung des Friedens beitrage."

Weiterführung von Amtsbezeichnungen.

b **Berlin** 27. Dez. **(Tel.)** Aus Anlaß des Inkrafttretens des Besoldungsgesetzes bestimmt der Reichspräsident in einer soeben im Reichsgesetzblatt veröffentlichten Verordnung, daß Reichsbeamte, deren bisherige Amtsbezeichnung in dem neuen Besoldungsgesetz nicht vorgesehen ist, ihre bisherige Amtsbezeichnung in und außer Dienst weiter führen dürfen. In Zweifelsfällen entscheidet die oberste Reichsbehörde im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister.

Henry Barmat bittet um Rückgabe der Kaution.

♂ **Berlin**, 27. Dez. **(Tel.)** Im Barmatprozeß richtete heute der Angeklagte Henry Barmat an das Gericht die Bitte, ihm seine Kaution zurückzugeben, da sich seine Familie in großer wirtschaftlicher Notlage befinde. Die Staatsanwaltschaft behielt sich ihre Stellungnahme dazu vor.

Neue Haussuchungen in Mülhausen.

w **Paris**, 27. Dez. **(Tel.)** Der Mülhauser Korrespondent des „Temps" berichtet über sechs neue, in Mülhausen und Umgebung vorgenommene Haussuchungen bei Anhängern der Autonomie. In allen Fällen seien Dokumente beschlagnahmt und an den Untersuchungsrichter weitergeleitet worden.

Gesetzesvorlage über den Bau privater Munitionsfabriken in Amerika.

╪ **London** 27. Dez. Nach Meldungen aus Washington hat der amerikanische Kriegsminister Davis eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, durch die das Kriegsministerium bevollmächtigt werden soll, private Munitionsfabriken zu bauen. Präsident Coolidge hat dem Vorschlag des Kriegsministers zugestimmt. In einem Brief an den Kongreß betont Davis die Dringlichkeit dieser Maßnahme.

Wirtschaft und Politik.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

kr **Paris**, 22. Dezember.

Seitdem am 30. September 1926 die Schwerindustrien von Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg den westeuropäischen Eisenpakt unterzeichnet haben, konnte erwartet werden, daß ein so eminent wichtiges wirtschaftliches Ereignis in absehbarer Zeit auch seine politischen Spuren ziehen werde. Diese Folgen sind bislang nicht in Erscheinung getreten. Auch heute kann noch beobachtet werden, daß der politische Einfluß der Schwerindustrie in den einzelnen Ländern sich eher in der Richtung einer Verschärfung nationaler Gegensätze bemerkbar macht, als in der einer wirtschaftlichen und politischen Entspannung.

Haben sich jene Hoffnungen damit als irrig erwiesen? Oder welcher Art sind die Hemmungen, die eine natürliche Auswirkung des Abschlusses einer wirtschaftlichen Interessengemeinschaft verhindern? Diese Fragen werden in Frankreich nicht weniger diskutiert, als in Deutschland.

Von sozialistischer Seite wird immer noch das Rüstungsinteresse als Grund angeführt. Es wird darauf hingewiesen, daß internationale Spannungen zu einer allgemeinen Aufrüstung und damit zu lohnenden Aufträgen für die Eisenindustrie zu führen pflegten. Seit dem Abschluß des westeuropäischen Eisenpaktes ist diese Annahme — für Westeuropa wenigstens — durchaus abwegig. Das Eisenkartell hat in den letzten Monaten unter Leitung des Präsidenten Mayrisch starke Fortschritte auf dem Wege zur Produktionsgemeinschaft und zur Verschmelzung der vier Schwerindustrien gemacht. Insbesondere ist der Austausch von Substanz durch wechselseitige Übereignung von Beteiligungen eingeleitet worden. Sobald dieser Prozeß zum Abschluß gekommen ist, wird aus den vier Schwerindustrien eine wirtschaftliche und technische Einheit geworden sein, deren einzelne Teile nur noch im Rahmen des gesamten wirtschaftlichen Organismus lebensfähig sind. Mit dieser Tatsache ist aber einem gegenseitigen Wettrüsten oder gar einem Kriege die Basis entzogen. Eine national selbständige Eisenindustrie ist die unmittelbarste Vorbedingung des Rüstens und der Kriegsführung. Solidarisieren sich verschiedene Schwerindustrien zu einem internationalen Stahlkartell, so ist unter den Teilnehmern dieses Kartells ein Krieg nicht mehr möglich.

Weshalb bleibt also die notwendige politische Folgerung aus einem grundlegenden wirtschaftlichen Vorgang aus? Nun, es darf nicht überraschen, daß die Stahlindustrien einer gewissen Zeit bedürfen, um sich von dem bisherigen Konkurrenzverhältnis in die neue Kartellgemeinschaft zu finden. Ist doch die Rüstungslieferung zu lange und zu ausschließlich ihre wirtschaftliche Grundlage gewesen.

Der Hauptgrund aber, weshalb die angebahnte wirtschaftliche Verflechtung des europäischen Westens sich noch nicht stärker politisch auswirkt, dürfte in der Parteienstruktur dieser Staaten zu suchen sein. England ist der einzige westeuropäische Staat, in dessen parlamentarischem Leben die Außenpolitik sauber abgetrennt ist von allen innerpolitischen Auseinandersetzungen und Kämpfen. In Frankreich dagegen ist die Außenpolitik stark in den Bannkreis der schwebenden großen sozialen Auseinandersetzung gezogen. Die französische Schwerindustrie ist eine enge Verbindung mit den Rechtsparteien eingegangen, weil sie die Wirtschafts- und Steuerpolitik eines Linkskartells fürchtet, vor allem die durch Caillaux in Vorschlag gebrachte Besitzbesteuerung. Und während sie die Finanzpolitik der französischen Rechten stützt, stützt sie gleichzeitig — ohne es zu wollen — die außenpolitische Tendenz der französischen Rechten. Dieser Zwitterzustand wird sein Ende finden, sobald die gegenwärtige soziale Zuspitzung der inneren Verhältnisse Frankreichs nachgelassen haben wird.

Die monumentale Bedeutung des westeuropäischen Stahlkartells für die weltwirtschaftliche Entwicklung hat der deutsche Großindustrielle Arnold Rechberg in die Worte zusammengefaßt, deren Tragweite auch diesseits des Rheines verstanden worden sind: „Die vier Schwerindustrien verfügen vereint über die reichsten und unerschöpflichsten Schätze des Erdballs an Kohle und Erz. Da in ihrem Gebiet Kohle und Erz sich an Quantität und Qualität überaus vorteilhaft ergänzen und denkbar frachtgünstig zueinander liegen, ist es sehr bald gelungen, die Gestehungskosten der vier Schwerindustrien zu verbilligen, ihre Produktion zu vereinheitlichen und gleichzeitig deren Qualität zu verbessern. Das Kartell der vier westeuropäisch-kontinentalen Schwerindustrien ist dementsprechend schon gegenwärtig dem Wettbewerb aller übrigen Industrieländer einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika gewachsen. Es ist die weitaus gewaltigste Industriemacht der Welt."

Trotz der Verzögerungen und Hemmungen, die bislang eine sichtbare politische Auswirkung dieser industriellen Konzentration unterdrückt haben, wird diese ihren Einfluß auf die kommenden politischen Entwicklungen gewinnen.

Die Hinterlassenschaft König Ferdinands von Rumänien

w **Bukarest**, 27. Dez. **(Tel.)** Das von dem verstorbenen König Ferdinand hinterlassene Vermögen wird auf rund 387 Millionen Lei geschätzt, das zu gleichen Teilen an fünf Erben geht. Nur die Prinzessin Ileana erhält auf Grund eines Abkommens unter den Erben 5 Millionen Lei mehr, als Gegenwert für die Geschenke, die die anderen Kinder König Ferdinands anläßlich ihrer Hochzeit bekamen. Unabhängig von dieser Erbteilung erhält König Michael Schloß Peleich in Sinaia und einige Gebäude in Bukarest.

Die Verfolgung der Katholiken in Mexiko.

Es ist auffällig, daß die deutschen Zeitungen so wenig über die Christenverfolgung in Mexiko bringen. Es scheint bald, daß man mit Absicht dem deutschen Volke die Greueltaten des Präsidenten Calles vorenthält. Um dem katholischen Volke ein kleines Bild dieser Greueltaten zu geben, gebe ich hier einen Bericht aus der französischen Zeitung „Croix" wieder. Schon in der Nummer vom 11. und 12. Dezember bringt die Zeitung eine Photographie von der Hinrichtung des Jesuitenpaters Juarez, der am 23. November in Mexiko erschossen wurde zusammen mit dem Pater Michael Pro. Der letztere war erst 35 Jahre alt und hatte soeben seine theologischen Studien in Belgien beendet. Voll Eifer für das Heil der Seelen kehrte er freiwillig nach Mexiko zurück, wo die Schwierigkeiten für die Ausübung der katholischen Religion so groß sind, daß der Hl. Vater den Priestern besondere Vollmachten verliehen hat. Sie dürfen die hl. Messe lesen ohne Meßdiener, ohne Paramente, ja selbst ohne Kelch und mit der Opferung beginnen und mit der Kommunion aufhören. Pater Pro war bekannt als klug und mutig. Er besaß eine seltene Kaltblütigkeit. Es war im Laufe des vergangenen Jahres, als er in einem guten Hause seine Zuflucht suchte, da trafen ihn die Häscher an der Tür. Kühn ging er ihnen entgegen und fragte sie, was sie wollten. „Sie verbergen hier einen Priester", antwortete man ihm. „Auf Anordnung des Gerichtes wollen wir eine Haussuchung vornehmen." „Tut das", antwortete ihnen der Pater. Und ohne sich zu verraten begleitete er sie durch das ganze Haus. Sie fanden aber nichts und mußten unverrichteter Sache wieder abziehen. Pater Pro besaß ein ungewöhnliches Talent, sich zu verkleiden und zu verstellen. Bald erschien er im Gewande einer armen Magd oder im Gewande eines schlichten Arbeiters, daß keiner ihn leicht erkannte. Und das alles geschah, um seinen armen Landsleuten die Tröstungen der Religion zu bringen. Doch er wußte, daß er dem Tode geweiht sei, denn seit langem suchte ihn die Polizei als eines der eifrigsten Mitglieder des Katholikenkomitees. Es ging ihm wie zur Zeit der französischen Revolution. Der Grund seiner Verfolgung war politischer Natur. Er sollte an einem Dynamit-Attentat gegen den

General Obregon teilgenommen haben. Alle, die den Pater kannten, wußten, daß das nicht wahr sein konnte. Schon seit langer Zeit gibt der Präsident Calles sich nach außen den Anschein, als sei er äußerst tolerant gegen die Laien. Die Bischöfe und Priester verfolgt er aber unter dem Vorwande der politischen Umtriebe. So übt er ein Schreckensregiment über Mexiko aus und die Zeitungen wagen nicht, ihm entgegenzutreten. Mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, sucht er die Meinung der Welt zu täuschen und für sich zu gewinnen. Aber immer neue Schreckenstaten kommen aus Mexiko, doch wir wollen hier nur die erwähnen, die den Tod des edlen Paters Pro betreffen. Die Polizei nahm ihn gefangen und man verurteilte ihn zum Tode durch Erschießen. Ruhigen festen Schrittes ging der Pater zum Richtplatz. Bis zum Ende hielt er seinen Rosenkranz in der Hand. Der Major Torre näherte sich ihm und fragte, ob er noch einen letzten Wunsch habe. „Gestatten Sie mir nur noch, ein wenig zu beten." Dann kniete der Märtyrer nieder, und ohne ein Zeichen der Erregung fing er an zu beten. Mit offenen Augen trat er dann den Soldaten entgegen, legte seine Arme zu einem Kreuz zusammen, um zu sterben wie sein Herr und Meister. Fünf Kugeln streckten ihn zu Boden, und ein Sergeant gab ihm den Gnadenschuß. Nach ihm wurde sein Bruder Humberto hingerichtet. Er zeigte sich ebenso mutig und unerschrocken. „Wo muß ich mich hinstellen," fragte er die Soldaten. Ruhig, eine geweihte Medaille in der Hand, stellte er sich auf. Eine Salve krachte, und er fiel tot über seinen Bruder. In dem Hospital, wohin man die Toten gebracht hatte, gestattete man den Verwandten einen letzten Besuch. Sichtbar gerührt kam der alte Vater, ein Greis von 70 Jahren, begleitet von seiner Tochter, um zum letzten Male seine toten Söhne zu sehen. Die Tochter weinte, aber der Greis sagte ihr: „Meine Tochter, wir haben keinen Grund zu weinen." Mit ihm glauben auch wir keinen Grund zu haben zu weinen. — Soweit der Bericht der „Croix". Man sollte es nicht für möglich halten, daß es solche Greueltaten heute noch gibt. Das katholische Volk muß immer wieder von neuem auf diese Schandtaten hingewiesen werden.

Die Helden des Sports werden jeden Tag in den Zeitungen gefeiert, aber von den Helden unseres heiligen Glaubens hört man so wenig. Gottes Hand wird auch diesen Unmenschen Calles einmal treffen. Und das Blut der Märtyrer in Mexiko ist auch heute noch der Samen für neue Christen. M.

Europas Schmuggel-Eldorado.

(Von unserem ostoberschlesischen Mitarbeiter.)

h **Kattowitz** 26. Dezember.

Gewiß wird an allen Grenzen Europas geschmuggelt, aber nirgendwo in dem Maße, wie an der Grenze in Oberschlesien. Man spricht nichts außergewöhnliches aus, wenn man kurz und knapp den Satz prägt: „Die gesamte Bevölkerung Oberschlesiens schmuggelt." Verschieden ist nur das Maß. Hier gibt es keinen Unterschied zwischen dem fanatischen Polen und dem Muß-Polen mit dem deutschen Herzen. Durch den Versailler Vertrag und durch die Entscheidung der Botschafter-Konferenz ist Polnisch-Oberschlesien zum Eldorado aller berufsmäßigen Schmuggler und von solchen Schmugglern geworden, die das Handwerk aus Liebhaberei, aber auch aus einer gewissen Lebensnotwendigkeit heraus betreiben. Der Massenschmuggel im oberschlesischen Wetterwinkel Europas ist hier auch mehr eine politische Angelegenheit geworden, die den Rahmen einer einfachen Gesetzesübertretung längst verlassen hat. Eine Reihe von Denkschriften der Kaufmannschaft hat die polnische Regierung auf diese Liebhaberei der gesamten Bevölkerung aufmerksam gemacht. Aber in Warschau hat man das Problem offenbar noch nicht begriffen. Trotz der Zerreißung Oberschlesiens ist das deutsch gebliebene Gebiet immer mehr zur Versorgungsstätte für den polnischen Teil des Landes geworden. Bei der Teilung Oberschlesiens hatte man z. B. den Niedergang der deutschen Stadt Beuthen vorausgesagt. Die Wirklichkeit hat das umgekehrte Bild ergeben. Die Kaufmannschaft Polnisch-Oberschlesiens verarmt und kann ihren Verpflichtungen kaum noch nachkommen, während Beuthen eine der am meisten aufblühenden Städte des deutschen Ostens geworden ist. Die „Wirtschafts-Korrespondenz für Polen" stellt durchaus mit Recht fest: „Den gewaltigen Aufstieg verdankt Beuthen einzig und allein den Bewohnern Polnisch-Oberschlesiens, die sich dort mit allen lebensnotwendigen Artikeln versorgen. Es gibt wohl keine Grenze in Europa, wo der Schmuggel derartige Formen angenommen hat, wie hier an den Grenzen der Wojewodschaft Schlesien." Die einzelnen Banden, die den Schmuggel berufsmäßig betreiben, sind hervorragend organisiert, die meisten Geschäftsleute können ihren Kunden aus Polnisch-Oberschlesien mit Garantie die Lieferung der Waren ins Haus zusichern, unbeschadet der vorhandenen Grenze.

Bei dieser in Europa beispiellosen Situation liegt die Frage nahe: Wie ist ein derartiger Millionenschmuggel durchführbar? Da die gesamte Bevölkerung schmuggelt. Schmuggeln beinahe zum guten Ton gehört u. die Bevölkerung keinen Paß notwendig hat, müßte der polnische Staat das Grenzüberwachungs-Personal vervielfachen, wenn er den Schmuggel unterbinden wollte. Zudem werden die polnischen Grenzbeamten so miserabel bezahlt, daß sie in ihrer Mehrzahl einen jeden Nebenverdienst freudigst begrüßen. Nur zu oft schon wurden Beamte abgeurteilt und ins Gefängnis geschickt. Die weiteren Gründe für den Massenschmuggel sind volkswirtschaftlicher und politischer Natur. Der Bewohner Polnisch-Oberschlesiens ist aus der deutschen Herrschaft her an Qualitätsware gewohnt, selbst der polnische Zuzug aus Galizien und anderen Teilen Polens hat schnell den Wert der deutschen Ware erkannt. Polen selbst liefert in den meisten Artikeln keine Qualitätsware. Der polnische Staat sieht die deutsche Ware als Luxus an, verbietet die Einfuhr entweder ganz oder belegt sie mit ungeheuren Zöllen, die für niemand tragbar sind. Die Zolldirektion für Polnisch-Oberschlesien hat z. B. berechnet, daß in drei Monaten 6 bis 7 Eisenbahnwaggons allein an Rauchwaren unerlaubt über die Grenze gebracht werden, weil die polnische Ware, die aus Italien kommt, und allgemein als „italienisches Seegras" bezeichnet wird, nicht zu ertragen ist. Selbstverständlich erstreckt sich der Schmuggel auf alle Artikel. Die Warschauer Regierung verkennt vollkommen, daß sich das Bedürfnis nach bestimmten Artikeln nicht dadurch beseitigen läßt, daß man auf dem Papier die Einfuhr verbietet, die Bevölkerung greift vielmehr selbst zur Befriedigung der vorhandenen Bedürfnisse und nimmt dabei jedes Risiko auf sich. In einer deutschen Zeitung Polnisch-Oberschlesiens wird festgestellt: „Die oberschlesische Arbeiterfrau hat zu den einheimischen Produkten wenig oder gar kein Vertrauen und geht deshalb über die Grenze, um dort ihren Bedarf zu decken. Allgemein ist die Empfindung verloren gegangen, daß der Schmuggel eine Übertretung gesetzlicher Vorschriften darstellt. Es braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden, daß durch diesen grenzenlosen Schmuggel auch der polnische Staat schwer geschädigt wird. Denn die Schwächung des ehemals blühenden und steuerkräftigen Handels muß einen wesentlichen Rückgang an Zoll- und Steuereinnahmen zur Folge haben.

Läßt sich dieser Massenschmuggel beseitigen? Nein, aber immerhin doch gründlich einschränken. Eine solche wesentliche Einschränkung aber läßt sich nur erreichen, wenn ein Handelsvertrag zwischen Polen und Deutschland besteht, der auf einer Basis abgeschlossen ist, die dem Kaufmann Polnisch-Oberschlesiens den Bezug von Qualitätswaren auf reguläre Weise ermöglicht und der Bevölkerung den Bezug von guten und brauchbaren Waren sichert. Der „Oberschles. Kur.", der die Gefahren für Polnisch-Oberschlesien, die durch den Massenschmuggel hervorgerufen werden, beleuchtet, sagt: „Dieser überaus krankhafte Zustand kann und wird erst ein Ende nehmen, wenn der Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland es dem hiesigen Kaufmann ermöglicht, solche Waren nach Polnisch-Oberschlesien einzuführen, für die ein Bedürfnis beim hiesigen Publikum besteht. Solange der Zollkrieg anhält, ist an eine Besserung der Lage unserer Kaufmannschaft nicht zu denken. Waren müssen zu erlangen sein unter Bedingungen, die es dem Konsumenten ersparen, den manchmal dornenvollen Weg über die Grenze zu gehen." Hier wird der Finger in eine offene Wunde gelegt: Polen hat selbst das größte Interesse daran, daß brauchbare Waren mit einem möglichst niedrigen Zollsatz nach Polnisch-Oberschlesien gelangen. So lange sich durch den Schmuggel nennenswerte Beträge verdienen lassen, so lange durch den Schmuggel sich auch der kleine Mann gute Einkäufe leisten kann, wird der polnische Staat in der empfindlichsten Weise geschädigt werden. Die polnische Volkswirtschaft hat selbst das größte Interesse daran, daß das Schmuggel-Eldorado Europas beseitigt wird.

Zur Aufwertung der Fernsprechdarlehen.

Das Kammergericht für aufgewertete Rückzahlung.

Die Urteile der Landgerichte und Oberlandesgerichte in den Klagen, die vor ihnen gegen die Reichspost wegen Aufwertung der 1000-Papiermark-Anleihe für den Ausbau des Fernsprechnetzes im Jahre 1920 erhoben und durchgeführt worden sind, sind uneinheitlich. Die Reichspost ließ kürzlich verkünden, daß die Fernsprechteilnehmer von der ihnen s. Zt. in des Wortes wahrster Bedeutung abgepreßten Anleihe nichts wieder zu erwarten hätten. Ein vor einiger Zeit ergangenes Urteil des Kammergerichts in Berlin bringt das gerade Gegenteil zum Ausdruck. In Berlin hatte ein früherer Fernsprechteilnehmer die Reichspost auf aufgewertete Rückzahlung der Zwangsanleihe aus dem Jahre 1920 verklagt. Er war von dem zuständigen Landgericht und auch vom Oberlandesgericht abgewiesen worden, beruhigte sich dabei aber nicht, sondern rief auch noch das Kammergericht an. Der 18. Zivilsenat des Kammergerichtes, der sich mit der Angelegenheit zu befassen hatte, erkannte nun für Recht, daß die Reichspost verpflichtet ist, 1000 Papiermark an den Fernsprechteilnehmer bei Aufhebung des von ihm benutzten Fernsprechanschlusses aufgewertet zurückzuzahlen.

In der jetzt bekannt gewordenen Begründung dieser Entscheidung wird zunächst auf § 3 Nr. IX des Gesetzes betr. Telegraphen- und Fernsprechgebühren hingewiesen, der bestimmt: „Die Fernsprechteilnehmer haben zum Ausbau des Fernsprechnetzes einen einmaligen Beitrag von 1000 Mark für jeden Hauptanschluß zu leisten. Der Beitrag wird von dem auf die Einzahlung folgenden Monat an mit 4. v. H. verzinst und dem Teilnehmer bei Aufhebung des Anschlusses zurückbezahlt." Dann wird nachgewiesen, daß es sich um einen nach § 242 B. G. B. aufzuwertenden Anspruch handelt, und daß der Aufwertung nicht das Gesetz zur Änderung des Fernsprechgebührengesetzes vom 5. April 1923 entgegensteht, in dessen § 1 Abs. 2 gesagt wird, daß die für die Anschlüsse gezahlten Beiträge nach Maßgabe der dem Reichspostminister durch den Haushaltsplan hierfür zur Verfügung gestellten Mittel zurückzuzahlen sind und daß den Zeitpunkt für diese Rückzahlungen und die Reihenfolge, in der die Beiträge zurückzuzahlen sind, der Reichspostminister zu bestimmen hat. Weiter wird festgestellt, daß der Aufwertung auch nicht das Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 entgegensteht. Ob der einmalige Fernsprechbeitrag eine Anleihe des Reichs darstellt, kann nach dem Kammergericht dahingestellt bleiben. Selbst wenn er eine Reichsanleihe wäre, würde er nicht unter das Gesetz fallen. Dieses Gesetz bestimmt zwar im § 1, Abs. 2, daß Ansprüche aus Markanleihen des Reiches nur nach Maßgabe seiner Bestimmungen bestehen, zählt aber in § 2 die Schulden auf, die Markanleihen des Reiches in diesem Sinne sind; unter diese Schulden fällt der einmalige Fernsprechbeitrag nicht. Danach kann der Fernsprechteilnehmer gemäß § 242 B. G. B. Aufwertung seiner Forderung auf Rückzahlung des Beitrages verlangen, wenn sein Anschluß aufgehoben wird. Gründe der Billigung stehen der Aufwertung nicht entgegen. Die von der Reichspost gemachten Ausführungen verdienen nach Ansicht des Kammergerichtes keinen Beifall, da die Reichspost die Beiträge zum Ausbau des Fernsprechnetzes verwendet hat und daraus dauernden Nutzen zieht, selbst wenn Änderungen der Fernsprechanlagen vorgenommen werden. Eine Rücksichtnahme auf die zu niedrige Bemessung der Fernsprechgebühren in der Zeit der Geldentwertung würde auf eine Art Aufrechnung aufgewerteter Gebührenforderungen der Reichspost hinauslaufen, die sich im Hinblick darauf verbietet, daß die Fernsprechgebühren der Geldentwertung angepaßt worden sind und dadurch die Reichspost sich selbst die Grenzen einer Gebührenaufwertung gesetzt hat.

Aus der Stadt Münster.

Münster, 28. Dezember.

Die Führung des Lohnkontos — eine wichtige Gerichtsentscheidung.

Bekanntlich muß der Arbeitgeber gemäß § 38 der Durchführungsbestimmungen des Gesetzes über den Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 5. 9. 1925 für jeden Arbeitnehmer ein Lohnkonto führen. Dieses Konto muß für jeden Arbeitnehmer unter Angabe des Namens, des Berufs, des Familienstandes, des Wohnortes und der Wohnung angelegt werden. Einzutragen sind:

1. der gezahlte Arbeitslohn einschließlich des steuerfreien Lohnbetrages, getrennt nach
   a) laufenden Bezüge, einmalige Einnahmen und Dienstaufwandsentschädigungen,
   b) Barlohn und Sachbezüge.
2. Die vom Arbeitslohn einbehaltenen Steuerbeträge.

Ein Arbeitgeber hatte vom Finanzamt einen Strafbescheid erhalten, weil er lediglich ein Lohnbuch, nicht aber das gesetzlich vorgeschriebene Lohnkonto geführt hat. Der Arbeitgeber war mit einer empfindlichen Geldstrafe belegt worden. Gegen diesen Strafbescheid war gerichtliche Entscheidung beantragt. Das Gericht bestätigte, daß die Bestrafung zu Recht erfolgt sei, weil der Arbeitgeber kein ordnungsmäßiges Lohnkonto geführt habe. Gegen dieses Urteil hatte der Arbeitgeber Berufung eingelegt mit dem Ergebnis, daß auch das Berufungsgericht bestätigte, selbst die Führung eines auch übersichtlichen Lohnbuches befreie den Arbeitgeber nicht von der Führung des gesetzlich vorgeschriebenen Lohnkontos. Diese Entscheidung dürfte für alle gewerblichen Arbeitgeber von Bedeutung sein und sie veranlassen, zur Vermeidung von erheblichen Steuerstrafen ein ordnungsmäßiges Lohnkonto ihrer Arbeitnehmer zu führen.

Ein mustergültiges Lohnkonto-Formular in Form von Karteikarten, die für das ganze Jahr Geltung haben, hat die Gesamtgilde Münster herausgebracht. Für jeden Arbeitnehmer ist eine besondere Karteikarte anzulegen. Dieses Karteisystem hat den Vorteil, daß der Betrieb jederzeit bei einer Prüfung durch die Finanzbehörde auf dem Laufenden ist und daß die Karteikarten der während des Jahres ausscheidenden Arbeitnehmer in eine besondere Gruppe abgelegt werden können. Auf diese Weise hat der Betrieb in einer Mappe die Karteikarten sämtlicher, bei ihm jeweils beschäftigter Arbeitnehmer zusammengefaßt. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil gegenüber dem sonst üblichen Buchsystem, wo die Eintragungen für die noch im Dienst befindlichen und die bereits ausgeschiedenen Arbeitnehmer nicht getrennt werden können und daher ein unübersichtliches Bild ergeben.

Die bereits seit Jahren auch in vielen großen Betrieben eingeführte Karteikarte der Gesamtgilde Münster (im Selbstverlag) ist von den Finanzämtern als durchaus zweckmäßig empfohlen und bereits in 17 Auflagen erschienen. Auf Grund der praktischen Erfahrungen sowohl in Großbetrieben als auch in Gewerbebetrieben mittleren Umfanges aller Berufszweige wird die Beschaffung dieser Karteikarte nur bestens empfohlen. Preis der Einzelkarte (Format 32 mal 21 Zentimeter) 15 Pfg., Sammelbestellungen (über 50 Karten) die Karte 10 Pfg. Die Karten sind zu beziehen durch die Gesamtgilde Münster, Loerstraße 1.

Schneestürme. — Hochwasser.

*** Verkehrsstörungen durch Schneestürme in Belgien und Holland.**

△ **Brüssel**, 27. Dez. Im belgischen Eisenbahnverkehr sind durch einen Schneesturm starke Verzögerungen verursacht worden. Auch das Telephon- und Telegraphennetz ist zum Teil unterbrochen. Bei Lüttich beginnt die Maas aus den Ufern zu treten.

△ **Amsterdam**, 27. Dez. Durch neue Schneefälle sind im Telephon- und Telegraphenverkehr Hollands große Störungen hervorgerufen worden. Die Verbindungen nach vielen Orten Nordhollands sind heute gestört, während der Verkehr mit Friesland und Groningen Verzögerungen erfuhr. Ebenso wurde der Eisenbahnverkehr stark behindert. Die Züge hatten große Verspätungen.

Kleinbahn-Zusammenstoß infolge Schneesturmes in Holland.

w **Amsterdam**, 27. Dez. (Tel.) Blättermeldungen zufolge sind gestern abend bei Middelburg (Provinz Seeland) während eines heftigen Schneesturmes zwei elektrische Kleinbahnzüge auf einer eingleisigen Strecke zusammengestoßen. Die Triebwagen beider Züge wurden schwer beschädigt. Ein Zugführer und zwei Fahrgäste wurden schwer und eine Anzahl anderer Fahrgäste leicht verletzt. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß der eine der beiden Züge ein Haltesignal überfuhr, das von dem Zugführer wegen des Schneesturmes nicht gesehen wurde.

Schiffsunfälle auf der Schelde.

w **Vlissingen**, 27. Dez. (Tel.) Infolge des dichten Nebels ereigneten sich auf der Schelde mehrere Schiffsunfälle. Der englische Dampfer „Fieldstar" und der belgische Dampfer „Scheldesop" liefen bei Austruweel auf Grund und konnten erst nach langen Bemühungen von Schleppdampfern wieder flott gemacht werden. Der deutsche Dampfer „Witram" stieß mit einem englischen Schiff zusammen und drohte zu stranden. Fünf Schleppdampfer mußten eingesetzt werden, um die „Witram" aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien.

Wieder Schiffahrt auf dem Rhein bei Rotterdam.

w **Rotterdam**, 27. Dez. (Tel.) Auf dem Rhein ist die in vergangener Woche wegen starken Eisganges größtenteils eingestellte Schiffahrt heute in normalem Umfange wieder aufgenommen worden.

Unterbrechung des Verkehrs über den Kanal.

w **London**, 27. Dez. Infolge des im Aermelkanal herrschenden Sturmes, der an der französischen Küste besonders stark wütete, ist zum ersten Male seit zwölf Jahren die gesamte Schiffahrt eingestellt worden.

Die Lage auf der Insel Pellworm.

w **Husum**, 27. Dez. Die Lage auf der infolge der Eisverhältnisse vom Festlande gänzlich abgeschlossenen Insel Pellworm droht sich noch zu verschlimmern, da mehrere Kinder schwer an Diphtheritis erkrankt sind und bisher keine Möglichkeit besteht, Arznei auf die Insel hinüberzuschaffen. Auf dem hiesigen Postamt lagern jetzt schon seit zwei Wochen für die Insel bestimmte Pakete.

Keine Hochwassergefahr am Rhein.

w **Köln**, 27. Dez. (Tel.) Der Rhein und seine Nebenflüsse fallen gegenwärtig, so daß die Befürchtungen, der Regen und die Schneeschmelze würden Hochwasser im Gefolge haben, sich nicht verwirklichen.

*

*** Dänemark im Schnee.** Kopenhagen, 27. Dez. Im südlichen Teile Dänemarks ist starker Schneefall eingetreten. Mehrere Privatbahnen mußten ihren Betrieb einstellen. Auf Laaland Falster ist der Schnee stellenweise bis zu 1½ Meter Höhe vom Wind zusammengetrieben.

*** Schwerer Sturm auf dem Schwarzen Meer.** Kowno, 27. Nov. Aus Sebastopol wird gemeldet, daß auf dem Schwarzen Meer ein heftiger Sturm tobt. Sämtliche russischen Schwarzmeerhäfen sind gesperrt. Die Fischerei hat großen Schaden erlitten. Die Sowjetregierung hat den Geschädigten sofort 400 000 Goldrubel zur Verfügung gestellt. Es werden viele Todesfälle gemeldet.

*** Schwere Hochwasserkatastrophe in Marokko.** Berlin, 27. Dez. Wie ein Abendblatt aus Rabat meldet, suchen seit zwei Tagen sintflutartige Regenfälle die nördliche Zone Marokkos heim. Kleine Flüsse haben sich in reißende Ströme verwandelt, die über die Ufer getreten sind und die anliegenden Gebiete meilenweit überschwemmt haben. Die Eisenbahnlinie Tanger—Fez ist unterbrochen. Einzelheiten über diese neue schwere Naturkatastrophe stehen noch aus; doch spricht man von großen Menschenopfern.

Kriegsgräberfürsorge.

Die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf deutschen Kriegerfriedhöfen im Ausland, die er im engsten Einvernehmen mit den zuständigen amtlichen deutschen Stellen leistet, ist gerade in den Sommermonaten ganz besonders gefördert worden. Eine große Anzahl von Friedhöfen im Osten wie im Westen jenseits der deutschen Grenzen wurde und wird zurzeit noch von Fachleuten besichtigt. Von vielen Friedhöfen sind Pläne für deren künftige Ausgestaltung angefertigt worden, die von dem gemeinschaftlich vom Auswärtigen Amt und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gebildeten Kunstbeirat gebilligt und dann an die zuständige fremde Regierung zur Genehmigung eingesandt wurden. Mit den Ausgestaltungsarbeiten wurde zum Teil schon in diesem Jahre begonnen, im nächsten Jahre werden sie tatkräftig fortgesetzt. Erfreulicherweise wächst von Tag zu Tag das Interesse der Allgemeinheit an den Arbeiten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, was sich insbesondere dadurch zeigt, daß immer mehr deutsche Kriegerfriedhöfe im Ausland von Städten, Vereinigungen, Verbänden und Ortsgruppen des Volksbundes auch von Einzelpersonen in Patenschaft, d. h. eigene Betreuung durch diese Körperschaften und Personen, genommen werden. So wird nach und nach erreicht, daß die Sorge für diese Ehrenstätten des gesamten deutschen Volkes immer mehr zum Gemeingut desselben wird; so hat es Gelegenheit, wenigstens einen Teil seiner Dankesschuld gegenüber seinen teuren, unvergessenen Toten aus dem Weltkriege abzutragen. Möge unser Volk diese Gelegenheit ergreifen und dem Volksbunde als Mitglied, gegen einen Jahresbeitrag von 3 Mark, beizutreten. Die Ortsgruppe Münster, Geschäftsstelle in der öffentlichen Bücher- und Lesehalle im Krameramtshaus, Kirchherrengasse 1, nimmt Beitrittserklärungen gern entgegen und erteilt auch jede gewünschte Auskunft. Von ihr sind auch Fragebogen nach Gräbern anzufordern, nachdem die Umbettungen im Westen beendet sind. Von den 3000 Friedhöfen im Westen sind nur noch 240 bestehen geblieben, so daß es unbedingt erforderlich ist, daß jeder, der einen Teuren verloren hat und bisher seine Grabstätte wußte, nunmehr versucht, die neue Ruhestätte ausfindig zu machen. Dieses geschieht nur durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der heute über 1200 Ortsgruppen zählt.

≠ Wer gilt als Kleinrentner?

Auf diese aus den beteiligten Kreisen in der letzten Zeit vielfach erhobene Frage erteilt die Wohlfahrts-Korrespondenz die folgende ihr von zuständiger Stelle zugegangene Auskunft:

Die besondere Stellung der Kleinrentner in der öffentlichen Fürsorge beruht reichsgesetzlich auf den Grundsätzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4. Dezember 1924 (Reichsgesetzblatt I S. 765 ff.). Dort ist in § 14 der Begriff des Kleinrentners dahin festgestellt, daß als Kleinrentner anzusehen sind alte oder erwerbsunfähige Personen, die infolge eigener oder fremder Vorsorge ohne die eingetretene Geldentwertung nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen wären. Als erwerbsunfähig ist ein Kleinrentner dann anzusehen, wenn er infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht nur vorübergehend außerstande ist, sich durch Arbeit einen wesentlichen Teil seines Lebensbedarfs zu beschaffen. Ob bei einem Hilfsbedürftigen die Voraussetzungen der Kleinrentnereigenschaft gegeben sind, kann hiernach nur nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalls entschieden werden. Auch ein Sozialrentner kann in Kleinrentnerfürsorge stehen, wenn er die besonderen Voraussetzungen dieser Fürsorge erfüllt.

Aus der Provinz Westfalen.

-r- **Gelmer**, 27. Dez. (Eine hohe Weihnachtsfreude) wurde der Gemeinde zuteil. Was man lange gewünscht und fast nicht mehr gehofft hatte, wurde wahr: Am Weihnachtsfeste brannte zum ersten Male das elektrische Licht. Seit Wochen waren Monteure und Arbeiter der Firma Herber u. Petzel, Münster, damit beschäftigt, im Auftrage des Elektrizitätswerkes Westfalen das Ortsnetz zu legen und an die Fernleitung anzuschließen. Trotz Kälte, Schnee und Regen konnte das Werk so weit fertig gestellt werden, daß ein Teil der Gemeinde mit Strom versehen wurde. Zur besonderen Freude aller Bewohner strahlte am Weihnachtstage zum ersten Male die sonst so dunkle Rektoratskirche im hellsten elektrischen Licht. Wahre Lichtwogen umfluteten den Altar, während zartes farbiges Licht die Krippe erhellte. Trotz der zur Zeit nicht günstigen finanziellen Lage der Landwirtschaft und trotz eigener hoher Ausgaben hatten die Einwohner für Licht und Kraft doch reichlich beigesteuert, um auch Kirche und Rektoratswohnung mit Licht zu versehen. Ein ehrendes Zeugnis für sie.

⊖ **Rinkerode**, 27. Dez. (Der Männergesangverein Rinkerode) trat am 2. Weihnachtsfeiertage mit einer Theateraufführung an die Öffentlichkeit. Im Lohmannschen Saale wurden die beiden Stücke „Schulten Dina" von W. Brockmann und „Der Leutnant in der Klemme" von Fr. Schare gespielt. Beide Theaterstücke riefen bei den Besuchern wahre Lachsalven hervor. Die Pausen wurden durch gesangliche Darbietungen ausgefüllt. Vikar Tovar sprach zum Schluß den Spielern und sonstigen Mitwirkenden den Dank für ihre guten Leistungen aus. Damit entsprach er gewiß allen Zuschauern. Eine Wiederholung findet am nächsten Sonntag statt.

Aus den Nachbar-Provinzen.

Oldenburg, 27. Dez. (Zu dem Raubmord) in Benstrup bei Löningen i. O., worüber wir bereits in Nr. 1338 berichteten, schreibt die Osnabrücker Volkszeitung noch: In einem einsam gelegenen Hause wohnten die Gebrüder Bischof, zwei Junggesellen, die ihren Hof verpachteten und mit dem Pachtpreis ihren Lebensunterhalt bestritten. In der Nacht vom 23. zum 24. Dezember haben nach den Aussagen des verletzten jüngeren Bruders zwei junge Leute das Haus betreten und zu den beiden Greisen, die sofort erwachten, gesagt, sie sollten ruhig sein, und haben dabei auch eine Drohung ausgestoßen. Natürlich konnten die beiden alten Leute gegen die Räuber nichts unternehmen und mußten ruhig zusehen, wie die Verbrecher die Wohnung, Schränke und Kommoden durchwühlten, um irgendwelche Wertsachen, Geld usw. aufzustöbern. Geld haben sie indessen nicht gefunden, denn das im Hause befindliche Geld konnte am anderen Tage von der Behörde in Gewahrsam genommen werden. Der ältere Bruder, Theodor Bischof, 85 Jahre, ist tot, der jüngere Bruder, Heinrich Bischof, 80 Jahre, liegt schwer verletzt im Löninger Krankenhause, er hat eine schwere Kopfwunde erhalten. Erst am anderen Morgen hat sich der noch lebende Heinrich Bischof, wohl eingeschüchtert durch die Drohungen der Verbrecher, nach draußen gewagt und um Hilfe gerufen. Man fand im Schlafzimmer auf dem Bett liegend den toten Bruder Theodor Bischof, über und über mit Blut bedeckt. Von den zuständigen Behörden wurden während der Weihnachtstage Lokaltermine abgehalten. Offenbar liegt ein schwerer Raubmord vor. Wer der Täter ist, kann im Augenblick noch nicht gesagt werden. Irgendwelchen Anhalt hat man nicht. Die in auswärtigen Blättern verbreitete Meldung, daß die Täter maskiert gewesen seien, trifft nicht zu. Ob die Verbrecher mit denen identisch sind, die in der folgenden Nacht in Holdorf einen größeren Geldiebstahl ausführten, kann ebenfalls noch nicht gesagt werden. Die Kriminalpolizei in Osnabrück hat an den Festtagen unter dem Verdacht der Täterschaft des Raubmordes in Benstrup zwei Verhaftungen vorgenommen, jedoch mußten die Verhafteten nach dem Verhör wieder freigelassen werden, da sie ihr Alibi nachweisen konnten.

Schweres Schiffsunglück im Marmarameer.

*** Galaza, 27. Dez. Im Marmarameer sind aus bisher noch unaufgeklärter Ursache zwei Dampfer zusammengestoßen. Der Dampfer „Sewidsch" wurde so schwer beschädigt, daß er sank. Nach den bisherigen Feststellungen sind etwa 70 Personen ertrunken. Die Schuldfrage ist im Augenblick noch ungeklärt.**

Der Zusammenstoß zwischen den türkischen Dampfern Sevindsch und Marmara stellt sich, den letzten Nachrichten zufolge, als eine ernste Katastrophe dar. Der Dampfer Sevindsch, der 130 Passagiere an Bord hatte, sank in wenigen Minuten. Die Rettungsarbeiten wurden durch den dichten Nebel sehr erschwert. Man nimmt an, daß etwa 40 Menschen ertrunken sind. Unter den Vermißten befinden sich eine englische und eine schweizerische Lehrerin der amerikanischen Schule in Brusse.

Der mißglückte Ozeanflug.

tu **Newyork**, 27. Dez. **Die gestern abend zur Suche nach dem verschollenen Ozeanflugzeug der Frau Grayson aufgestiegene „Los Angeles" hat bei klarem Wetter Sable Island überflogen, ohne eine Spur von dem Flugzeug zu finden. Frau Grayson und ihre Begleiter müssen damit endgültig verloren gegeben werden.**

Brand auf einem amerikanischen Flugfeld.

w **Washington**, 27. Dez. Auf dem Bollingflugfeld brach in dem großen Lagerschuppen Feuer aus, das beträchtlichen Schaden verursachte. Der größte Schaden wurde im Ostende des Schuppens angerichtet, in dem Flugzeugersatzteile lagerten im Werte von etwa 1 Million Dollar. Verletzt wurde bei dem Brande niemand.

[redacted]

Vermischtes.

*** 14 Alkohol-Todesopfer in Newyork.** Newyork, 27. Dez. Die Zahl der Todesopfer infolge Genusses schlechten Alkohols hat sich in Newyork auf 14 erhöht.

*** Newyork hat über 7 Millionen Einwohner.** Newyork, 27. Dez. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die Stadt Newyork im Jahre 1927 eine Einwohnerzahl von 5 970 800 und mit Einschluß der Vorstädte eine Einwohnerzahl von 7 426 700 erreicht, zählt jetzt 3 102 200 Einwohner.

*** Schwere Erdstöße auf Java.** Amsterdam, 27. Dez. Nach Meldungen aus Batavia wurden in der vergangenen Nacht bei Bojolali schwere Erdstöße wahrgenommen, die auf Eruptionstätigkeit des Vulkans Merapi zurückzuführen sein dürften. Die letzten Eruptionen des Merapi haben vor ungefähr 1½ Jahren auf Java großes Unheil angerichtet.

Die Tänzerin Lucie Kieselhausen gestorben.

w **Berlin**, 27. Dez. Lucie Kieselhausen ist heutenachmittag 5 Uhr an den schweren Brandwunden, die sie gestern abend in ihrer Wohnung bei einer Benzinexplosion erlitten hatte, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben gestorben.

Großfeuer in Glasgow. — Vier Tote.

*** Glasgow**, 26. Dez. In einem hiesigen Warenlager brach am Weihnachtsabend Feuer aus, das ein so bedrohliches Ausmaß annahm, daß fünf Wohnungen in der Nachbarschaft geräumt werden mußten. Vier Feuerwehrleute kamen in den Flammen um.

Das Bankattentat in Buenos Aires. — 70 Personen verhaftet.

*** London**, 27. Dez. Nach ergänzenden Berichten aus Buenos Aires hat die Polizei im Zusammenhang mit dem Bombenattentat auf die National-City-Bank und die Niederlassung der Boston-Bank 70 Personen verhaftet. Die National-City-Bank wird ihre Geschäfte in provisorischen Unterkunftsräumen fortsetzen, bis das Bankgebäude wieder aufgebaut ist. Das Gebäude der Boston-Bank hat nicht nennenswert gelitten.

Lose Blätter

Straßenpflaster aus Edelsteinen.

Der ehemalige Newski-Prospekt von Leningrad zeichnet sich seit einigen Tagen durch ein Straßenpflaster aus, das einzig in der Welt dasteht, denn es besteht in des Wortes wahrster Bedeutung aus Edelsteinen. Es sind natürlich nicht die Kronjuwelen des ehemaligen Zaren, Brillanten, Rubinen und Smaragden, dazu verwendet worden, aber sehr kostbare Halbedelsteine wie Topase, Chrysolith und andere sehr teure Halbedelsteine, die von vielen Menschen heutzutage in Fingerringen und Halsketten als Schmuck getragen werden und sehr teuer sind. Es ist eine echt russische Geschichte, wie es möglich war, daß diese Edelsteine tatsächlich dazu benutzt wurden, das schadhaft gewordene Straßenpflaster des Newski-Prospektes zu erneuern, da ja Rußland nicht so reich ist, daß es sich Juwelen als Straßenpflaster leisten kann. Unter den vielen Halbedelsteinarten, die jetzt in dem Pflaster festgestellt wurden, befinden sich auch Jaspis und Achat in ungeheuren Mengen, bis zu vielen Zentnern. Die ganze Geschichte klingt zwar unglaublich, ist aber buchstäblich wahr und verhält sich folgendermaßen: Im Ural befindet sich ein Bergwerk, in dem seit vielen Jahren der sogenannte kryptokristallinische Quarz gewonnen wird. Diese Quarzart enthält sehr große Mengen von Achat, Jaspis und dem sogenannten Tigerauge. Außerdem findet man in den Uraler Steinbrüchen auch andere Quarzarten, wie Rauchtopas und Amethyste. Früher wurden die Arbeiten unter Aufsicht Sachverständiger vorgenommen, die den Wert der gebrochenen Steine genau kannten. Auf diese Weise hatte Rußland durch die Quarzbrüche im Ural große Einkünfte. Zum Teil gehörten die kostbaren Steinbrüche privaten englischen und französischen oder russischen Gesellschaften, und ein großer Teil des Weltbedarfes an diesen Edelsteinen wurde durch die Ural-Gesellschaften gedeckt. Durch die Revolution wurden aber all diese wertvollen Steinbrüche verstaatlicht. Eine Folge der Verstaatlichung und der Arbeitsmethoden der Sowjet-Regierung war die Unterstellung der Steinbrü